BDEW/VKU

Milliardenverluste durch Netzregulierung

[18.09.2025] BDEW und VKU sehen durch die geplanten Änderungen bei der Netzregulierung erhebliche Risiken für Investitionen.

Nach neuen Berechnungen erwarten der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) Erlösrückgänge von insgesamt rund fünf Milliarden Euro für Strom- und Gasnetze. Die Bundesnetzagentur hatte zuvor geringere Auswirkungen prognostiziert.

Höhere Verluste als erwartet

Anlass der Kritik ist die heutige Beiratssitzung der Bundesnetzagentur. Wie die beiden Verbände mitteilen, hatten frühere Berechnungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft noch Rückgänge von 2,3 Milliarden Euro für eine Regulierungsperiode ergeben. Nun liegen die Werte deutlich höher: 3,5 Milliarden Euro bei den Stromnetzen und 1,5 Milliarden Euro bei den Gasnetzen.

Im Mai hatte die Bundesnetzagentur erklärt, dass die geplanten Methodenänderungen im NEST-Prozess – der Neugestaltung der Anreizregulierung – keine Senkung der Erlöse für Netzbetreiber zur Folge haben werden. Die Branche sieht das anders. Sie verweist auf unterschätzte Effekte beim Effizienzvergleich, den Wegfall von Zuschlägen in der vierten Regulierungsperiode und eine neue Berechnungsmethode beim Fremdkapitalzins. Allein diese führe laut Branchenangaben zu einer Erlösminderung von rund zwei Milliarden Euro.

Appell an die Behörde

Kerstin Andreae, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, sagte: „Die Energiewende braucht eine moderne Netzinfrastruktur, die weit mehr leisten muss als bisher: mehr Netz, mehr Anschlüsse, mehr Digitalisierung, mehr Flexibilität, mehr Geschwindigkeit und mehr Sicherheit. Dafür sind bis 2035 Investitionen von mehr als 200 Milliarden Euro erforderlich. Gleichzeitig soll den Netzbetreibern in den nächsten Jahren weniger Geld zur Verfügung stehen. Das passt nicht zusammen.“

Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen, betonte: „Kommunale Netzbetreiber müssen ihre Netze zügig ausbauen und modernisieren, um Erneuerbare Energien anzuschließen, Elektromobilität zu ermöglichen, die Wärmewende umzusetzen und eine digitale Steuerung zu gewährleisten. Das erfordert Milliardeninvestitionen und verlässliche Rahmenbedingungen. Die vorgesehenen Maßnahmen der Bundesnetzagentur führen jedoch in die entgegengesetzte Richtung.“

Die Verbände fordern, dass die Bundesnetzagentur gemeinsam mit der Branche einen tragfähigen und kosteneffizienten Regulierungsrahmen entwickelt.

(ur)

Stichwörter: Netze | Smart Grid, BDEW, Energiepolitik, Netzregulierung, VKU